

mit freundlicher Genehmigung des:



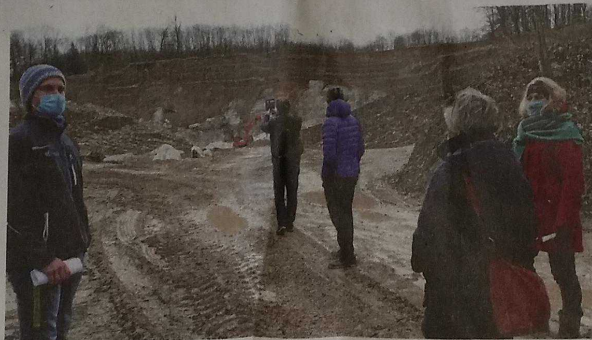
Grüne: „Umweltminister gibt nun das Fähnchen im Winde“

Landtagsfraktion verwundert über jüngste Aussagen von Olaf Lies zum Gipsabbau, dessen Ministerium am LROP-Entwurf beteiligt war. Grüne wollen Lobbyeinfluss prüfen.

Von Martin Baumgartner

Hannover. Der ehemalige Raumordnungsminister Christian Meyer, jetzt Vize-Fraktionsvorsitzender und naturschutzpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag, zeigt sich im Gespräch mit unserer Zeitung sehr überrascht über die Äußerungen von Umweltminister Olaf Lies (SPD), wonach dieser die Ausweitung des Gipsabbaus ablehnt (wir berichteten): „Als Mitglied der Landesregierung hätte Umweltminister Lies frühzeitig ein Veto gegen die Erweiterungspläne für den Gipsabbau einlegen können. Ein Raumordnungsprogramm wird nicht von einem Ministerium alleine aufgestellt, sondern von der Landesregierung in seiner Gesamtheit beschlossen. In diesem Fall am 22. Dezember 2020 kurz vor Weihnachten.“ In der Pressemitteilung der Landesregierung habe sich Umweltminister Lies sogar intensiv zu den energiepolitischen Aspekten im Entwurf geäußert, „erwähnt aber die 40 ha Gipsabbau, die er jetzt angeblich ablehnt, mit keinem Wort“, stellt Meyer fest.

In der Pressemitteilung zum Entwurf des Landes-Raumordnungsprogramms (LROP 2020) vom Dezember 2020, die der Grüne Landtagsabgeordnete hier erwähnt, taucht das Wort Gips tatsächlich nicht auf. Gleichwohl sagt die Raumordnungsministerin Barbara Otte-Kinast darin: „Um frühzeitig mögliche Konflikte zu erkennen und Festlegungen treffsicher zu gestalten, sind wir auf Rückmeldungen angewiesen. Ich möchte deswe-



Die EU-Abgeordnete der Grünen, Viola von Cramon-Taubadel (rechts), nahm am Protestspaziergang des BUND in Tettenborn teil und lies sich auch den Steinbruch am Trogsteln zeigen.

FOTO: MARTIN BAUMGARTNER / HK

gen ausdrücklich dazu ermuntern, das Informations- und Beteiligungsangebot meines Hauses zu nutzen.“ Der Umwelt- und Energieminister Lies berichtet dort von Plänen zum Ausbau der Windenergie.

„Umweltministerium war beteiligt“

Die Grünen wollen der Regierung auf den Zahn fühlen, wie der Entwurf zum LROP 2020 zustande gekommen ist. Meyer sagt: „Das federführende Agrarministerium hat bereits klargestellt, dass auch das Umweltministerium intensiv an der Erarbeitung z.B. der Umweltprüfung beteiligt war. Wir Grüne fragen gerade im Landtag nach, welche fachlichen Stellungnahmen die Naturschutzbehörden von Umweltminister Lies zu diesem großflächigen Eingriff in die Gipskarstlandschaft abgegeben haben und ob diese ignoriert wurden.“ Der Landtagsabgeordnete weiter: „Umweltminister

sphärenreservat Südhazer Gipskarstlandschaft und gemeinsam mit den grünen Umweltministerinnen in Thüringen und Sachsen-Anhalt „vor dem Gipsbagger und weiterer Zerstörung schützen“. Die Landesregierung müsse die Erweiterungspläne aus dem LROP-Entwurf komplett herausstreichen, fordert seine Partei.

Außerdem wollen die Grünen untersuchen, wie es zur Aufnahme des großflächigen Gipsabbaus um 40 Hektar und neuer Vorranggebiete kam. Meyer: „Noch 2019 hieß es bei der Veröffentlichung der allgemeinen Planungsabsichten zum Raumordnungsprogramm: Vorranggebiete Rohstoffgewinnung der Rohstoffart Gips sollen im Einzelfall kleinflächig erweitert werden; eine großräumige Festlegung neuer Vorranggebiete Rohstoffgewinnung für den Gipsabbau soll im LROP hingegen nicht erfolgen.“

Die Grünen vermuten eine Gefälligkeit für die Lobbyarbeit der Gipsindustrie bei der Landesregierung. Nach ihren Informationen wurden die 40 ha auf Vorschlag der Gipsindustrie ohne Beteiligung der Naturschutzverbände in den Programm-entwurf aufgenommen.

Meyer sagt: „Bei der Rohstoffindustrie gibt es große Überraschung, dass ihre Forderungen nach intensiver Lobbyarbeit fast 1 zu 1 vom Agrarministerium übernommen wurden. Ministerin Otte-Kinast und ihr aus der Region stammender Staatssekretär Theuvsen müssen sich jetzt erklären, welchen Einfluss sie im Sinne der Gipsindustrie genommen haben.“ Seite 2

Lies gibt nun das Fähnchen im Winde, das sich nach der geballten Kritik von Grünen, Naturschutzverbänden, Landkreis und Gemeinden neu ausrichtet. Im Kabinett stimmte er für den Gipsabbau, jetzt ist er auf einmal dagegen. Wir Grüne werden den Umweltminister an seinen Worten messen. Daher haben wir als Grüne Landtagsfraktion einstimmig beschlossen, einen Antrag gegen den Gipsabbau in den Landtag einzubringen. Dann wollen wir sehen wie Umweltminister Lies und seine SPD abstimmen und, ob sie wirklich auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger sowie des Landkreises stehen.“

Es gebe jetzt die große Chance, seinen Worten gegen den Gipsabbau Taten folgen zu lassen und die einmalige Harzer Gipskarstlandschaft zu retten, so Meyer. Seine Partei wolle diesen Naturraum mit einem länderübergreifenden Bio-